

**Niederschrift
über die
49. Sitzung des Integrationsbeirates
am 20.09.2024
im Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Regensburg**

**Beginn: 16:09 Uhr
Ende: 17:33 Uhr**

Stimmberechtigte Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Frau Arndt-Grunde i, Anja	X		
2	Herr Prof. Dr. Brunnbauer , Ulf		X	
3	Herr Cetinkaya , Nurdoğan	X		
4	Herr Fonseca Santovito , Rogerio			X
5	Frau Funk , Erika Eva		X	
6	Frau Hanifah , Mumtaz	X ab 16:23 Uhr		
7	Frau Jackiewicz , Jolanta	X		
8	Frau Lang , Julia	X		
9	Herr Dr. Märton , Mihai-Paul		X	
10	Herr Paquay Rovira , Pedro	X		
11	Frau Pelties , Marta	X		
12	Frau Rist-Kaip , Tünde	X		
13	Herr Sarik , Haritun	X		
14	Herr Sbirkov , Ivan		X	
15	Frau Schwarz , Stephanie	X		
16	Frau Shahedi , Monir	X		
17	Herr Sirreah , Bassel		X	
18	Frau Stabnau , Hae-Gyung	X		
19	Frau Stupavsky , Anna	X		
20	Frau Torreblanca Cruz , Mariana	X		
21	Frau Wudtke , Valentina	X		
		15	5	1

Beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	Für die CSU-Fraktion: Dechant , Bernadette (Stellvertretung: Tahedi , Erich)		(X) Frau Dechant (X) Herr Tahedi
2	Für die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: Gaittet , Daniel (Stellvertretung: Eberlein , Theresa)	X (Eberlein)	X (Gaittet)
3	Für die BRÜCKE-Fraktion: Simon , Bettina (Stellvertretung: Wolbergs , Joachim)		
4	Für die SPD-Fraktion: Irmisch , Alexander (Stellvertretung: Kolbe-Stockert , Evelyn)	X (Irmisch)	
5	Für die ÖDP-Fraktion: Graf , Joachim		
6	Für die Freie Wähler-Fraktion: Radler , Kerstin (Stellvertretung: Riepl , Günther)		(X) Radler

Weitere beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	von Seiche , Julia (Initiative „Ausbildung statt Abschiebung!“ e. V.) (Stellvertretung: Koller , Dr. Doris)	X (von Seiche)	
2	Hanusa , Helga (Keine Bedienung für Nazis e. V.) (Stellvertretung: Simek , Ludwig)		X (Hanusa)
3	Wiesmann , Burkard (BI Asyl Regensburg) (Stellvertretung: Streitberger , Gotthold)	X (Wiesmann)	
4	Issakha , Youssouf (CampusAsyl e.V.) (Stellvertretung: Yunes , Moatasam)		
5	Firat , Nihat (Migrationsausschuss der IG Metall Regensburg)		X (Firat)
6	Cetinkaya , Aylin (Alevitische Gemeinde Regensburg und Umgebung e. V.) (Stellvertretung: Firat , Nihat)		
7	Maltz-Schwarzfischer , Gertrud (Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg)	X	

Anwesende Mitglieder der Stadtverwaltung:

	Name
1	Herr Vernim , Matthias (Amt für Integration und Migration)
2	Frau Spitaler-Kossok , Ines (Amt für Integration und Migration)
3	Herr Reichinger , Michael (Amt für Integration und Migration)
4	Frau Dirnberger , Melanie (Amt für Integration und Migration)

Gäste:

	Name
1	Frau Jundt Natalia (Hromada Regensburg e.V.)
2	Herr Golovchenko Oleksandr (Hromada Regensburg e.V.)

Top 1: Begrüßung und Aktuelles

Berichterstattung: Frau Lang

Frau Lang erwähnt vor Beginn der Sitzung die neue Sitzungstechnik und bittet Herrn Vernim um eine kurze Information hierzu. Herr Vernim erklärt die neue Technik und weist die Anwesenden ausdrücklich darauf hin, bei Redebeiträgen besonders deutlich und laut in das Mikrofon zu sprechen, da die eigentliche Sprachaufzeichnung noch nicht funktioniert und man sich gerade bemühe mittels einer alternativen Methode die Sitzung aufzunehmen.

Frau Lang begrüßt alle Anwesenden und stellt mit 14 stimmberechtigten Mitgliedern Beschlussfähigkeit fest. Frau Lang begrüßt auch die Frau Oberbürgermeisterin, sowie Frau Spitaler-Kossok und Herrn Reichinger zur Sitzung.

Frau Lang verweist auf die Protokolle der 46. Sitzung vom 09. Februar 2024 und 47. Sitzung vom 12. April 2024 des Integrationsbeirats und fragt nach, ob es Einwände dazu gibt. Dies sei nicht der Fall, weswegen die Protokolle einstimmig genehmigt werden können.

Frau Lang begrüßt als neues Mitglied des Integrationsbeirats Herrn Burkard Wiesmann, der bereits einigen bekannt sei und bittet ihn sich kurz selbst vorzustellen und auch ein paar Informationen zur Tauschaktion zur Bezahlkarte zu geben.

Herr Wiesmann bedankt sich bei Frau Lang und den Mitgliedern des Integrationsbeirats und stellt sich vor. Er sei 56 Jahre alt, habe drei Kinder und sei beruflich in der Halbleiterbranche tätig. Er vertrete die Bürgerinitiative Asyl als beratendes Mitglied des Integrationsbeirats, darüber hinaus sei er in diversen weiteren ehrenamtlichen Tätigkeiten tätig, unter anderem als Vorstand der Regensburger Grünen sowie Sprecher des Arbeitskreises Asyl und Integration bei den Grünen und seit neuestem habe er auch die Nachfolge als Vorsitzender des Bürgervereins Süd-Ost e.V. für Johann Brandl angetreten.

Herr Wiesmann erläutert einige Punkte zur Tauschaktion mit der Bezahlkarte und verweist auf die mitgebrachten Flyer, die auch bereits ausliegen und schon bekannt seien. Es handle sich hier um eine Initiative von vielen Einzelpersonen sowie von Mitgliedern aus verschiedenen Vereinen und Organisationen, die sich mit Flüchtlingsarbeit beschäftigen. Es werde, nach der Einführung von Restriktionen zur Bezahlkarte, insbesondere zu der Begrenzung auf 50 Euro Bargeld, als ein Akt der Solidarität mit Geflüchteten gesehen. Diese Begrenzung stelle eine Diskriminierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen dar und damit eigentlich genau das Gegenteil von dem, was und wofür man als Integrationsbeirat stehe.

Das Prinzip des Kartentauschs sei ganz einfach. Geflüchtete können mit der Bezahlkarte Karten und Gutscheine bei Supermärkten erwerben und mit diesen in die Wechselstuben kommen. Hier könne man die Karten und Gutscheine mit interessierten Leuten, die sich in der Wechselstube eingefunden haben, gegen Bargeld eintauschen. Die Aktion sei diese Woche Mittwoch gestartet, als Wechselstuben dienten aktuell jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr das Büro der Grünen in der Wollwürgergasse 17 und ab dem 29. September das Büro Bund für Geistesfreiheit. Auf den Flyern könne man durch den QR Code auf die entsprechende Webseite gelangen und die Informationen zu den jeweiligen Wechselstuben erhalten. Herr Wiesmann bemerkt, dass man sich sehr über jede Unterstützung freue und bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Frau Lang bedankt sich für den Vortrag und das Engagement und verweist auch noch einmal darauf die Flyer zu verteilen und den QR Code auch zu verteilen und zu posten.

Frau Lang verliest noch die auf der Anwesenheitsliste entschuldigenden Mitglieder, erwähnt, dass Frau Hanifah mitgeteilt habe, etwas später zur Sitzung zu erscheinen und gibt die Liste weiter zur Unterschrift an die anwesenden Mitglieder.

Frau Lang begrüßt herzlich die inzwischen eingetroffenen Mitglieder des Hromada Regensburg e. V. und verweist auf die Vorstellung in TOP 4.

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Maltz-Schwarzfischer zu Ausführungen zu TOP 2.

Top 2: Bericht der Oberbürgermeisterin

Berichterstattung: Frau Maltz-Schwarzfischer

Frau Maltz-Schwarzfischer begrüßt alle anwesenden Mitglieder des Integrationsbeirats. Sie erwähnt, dass dies heute die erste Sitzung sei, die mit der neuen Technikanlage stattfindet. Die letzte Sitzung des Stadtrats habe im Marinaforum stattfinden müssen, da zu diesem Zeitpunkt die Anlage noch gar nicht fertig gewesen sei. Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass die nun auf dem Display zu erkennende und zurückzählende Uhr, auf Redezeitbegrenzungen im Stadtrat zurückzuführen sei. Die Regelungen im Stadtrat seien hier strenger als in Sitzungen des Integrationsbeirats, beispielsweise auch die Redezeit zu jeweiligen Tagesordnungspunkten sei zeitlich begrenzt.

Frau Maltz-Schwarzfischer erläutert, dass sie nun im TOP 2 der Tagesordnung wie gewünscht, auf die ihr im Vorfeld zugestellten Fragen zu Stadtrat und Verwaltung, eingehen werde, soweit sie diese beantworten könne.

Zum Ersten möchte sie auf die Frage zur Überprüfung von Straßennamen, in der es um Straßenumbenennungen gehe, eingehen. Frau Maltz-Schwarzfischer erläutert, dass es hierzu ein Projekt des Bildungsreferats gebe. Hier sei im Stadtrat ein Beschluss gefasst worden, dass die Verwaltung die Straßen in Stufen unterteilt abuarbeiten habe, beginnend mit den vom Nationalsozialismus belasteten Straßen, Plätzen und Parks. Hierzu habe das Bildungsreferat im vergangenen Jahr im März die Historikerin Dr. Susanne Wein beauftragt, die ein solches Projekt in Heilbronn bereits erfolgreich durchgeführt habe. Frau Dr. Wein lebe in Heidelberg, weswegen sie vor Ort in Regensburg bei diesem Projekt von zwei Studierenden unterstützt werde, die momentan im Stadtarchiv Forschungsarbeit hierzu betreiben. Mittlerweile habe Frau Dr. Wein bereits alle Regensburger Straßen tabellarisch geordnet und nach dem geforderten Ampelsystem aufgelistet. Die grüne Kategorie bedeute hier eindeutig unbelastete Straßennamen, wie beispielsweise nach Vornamen, Pflanzen, Tieren oder ähnlichem. Gelb sei die Kategorie über die man diskutieren müsse, auch im Integrationsbeirat und ggfls. auch unter Einbeziehung der Bevölkerung, also auch der Menschen, die in diesen Straßen wohnen. Hierüber müsse man im Stadtrat aber dann noch diskutieren bzw. entscheiden. Die rote Kategorie seien eindeutig kritische Namen. Aktuell sei Frau Dr. Wein dabei die gelbe Kategorie zu erfordern, um verschiedene Abstufungen in dem gelben kritischen Bereich zu bilden.

Frau Dr. Wein werde hierzu im Bildungsausschuss am 23. Oktober 2024 einen ausführlichen Zwischenbericht zum Stand ihrer Arbeit geben. Frau Maltz-Schwarzfischer lädt hierzu alle Mitglieder des Integrationsbeirats ein. Sie führt aus, dass seitens des Bildungsreferats ein weiterer Vortrag von Frau Dr. Wein vor dem Integrationsbeirat, aufgrund der Ausführlichkeit des Berichts, vorerst nicht geplant sei. Allerdings müsse man sich dies überlegen, da der Integrationsbeirat zu einem Vortrag von Frau Dr. Wein ggfls. anderen Diskussionsbedarf habe als der Stadtrat. Zudem könne der Integrationsbeirat in diesem Rahmen nur als Gast ohne Redebeiträge teilnehmen.

Im zweiten Punkt gehe es um das bereits angesprochene Thema der Bezahlkarte für Asylbewerber und speziell um Fragen zum Schulstart. Hier sei bekannt geworden, dass es zu Problemen hinsichtlich des anfänglich benötigten Schulmaterials gekommen sei, da dieses Schulmaterial manchmal selbst von der Lehrkraft besorgt und dann das Geld von den Kindern in bar eingesammelt worden sei. Hierbei gehe es um unterschiedlichste Dinge, nicht nur den Einschulungsbedarf von ersten Klassen, sondern aus verschiedenen Klassen und dass diese Ausgaben für Bargeldeinsammlungen diese 50 Euro Bargeldgrenze überschreiten. Hier sei angefragt worden, inwieweit die Stadt hier Abhilfe schaffen bzw. Informationen an die Schulen liefern könne, wie bestmöglich mit dieser Situation umgegangen werden könne.

Eine Nachfrage beim Sozialamt ergab, dass die Begrenzung in der Regel bei 50 Euro pro Monat pro Person liege, bei Bedarfsgemeinschaften aber ein höheres Bargeldlimit gelte, da dieses Limit ja pro Person sei. In begründeten Einzelfällen bestehe die Möglichkeit dieses Limit

nach oben anzupassen, was auch genutzt und umgesetzt werde. Eine solch begründete Ausnahme stelle sicherlich auch die Beschaffung von Schulmaterialien dar, sodass für Leistungsempfänger nach Vorsprache bei der Sachbearbeitung, eine Anpassung temporär möglich sei. Dies heiße, dass die Bezahlkarte für einen bestimmten Zeitraum für einen höheren Betrag freigeschalten und nach diesem Zeitraum wieder auf das ursprüngliche Limit zurückgesetzt werde.

16:23 Uhr Frau Hanifah kommt in den Raum.

Zusätzlich werde durch das Sozialamt auf das Bildungs- und Teilhabepaket verwiesen, wobei die Zuständigkeit und die Leistungsgewährung dem Amt für Jugend und Familie obliege. Diese Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket würden nicht auf die Bezahlkarte gebucht oder als Sachleistung gewährt, sondern in bar ausgezahlt.

Frau Maltz-Schwarzfischer gibt zu bedenken, dass ggfls. noch eine spezielle Rückmeldung hierzu an die Schulen über das Schulamt sinnvoll sei, damit diese Informationen auch bei den Eltern ankämen.

Beim dritten Punkt gehe es um den aktuellen Stand zur sicherheitspolitischen Debatte in Regensburg speziell zum Bahnhofsumfeld, sowie zur Berichterstattung in den Medien, Stichwort Messerverbotzone.

Frau Maltz-Schwarzfischer erläutert, dass im Bahnhofsumfeld, um adäquat mit der Situation umgehen zu können, eine Arbeitsgruppe „Gemeinsam stark für Regensburg“ eingeführt worden sei. Dies sei eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe in welcher die Polizei, die Justiz, die Regierung der Oberpfalz, die Stadt Regensburg mit unterschiedlichsten Ämtern und zwischenzeitlich auch das Landesamt für Asyl und Rückführung, sowie die Universität Regensburg vertreten seien. Seitdem dieses Konzept bzw. diese Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden sei, habe eine deutliche Verbesserung der Situation festgestellt werden können.

Frau Maltz-Schwarzfischer erläutert, dass bereits die Masten für die Beleuchtung und die Videoüberwachung, was durch den Stadtrat beschlossen worden sei, sowie die Polizeipräsenz erhöht worden sei. Auch sei die Stadt Regensburg mit dem kommunalen Ordnungsservice und natürlich dem Stadtgartenamt im weiteren Verlauf dabei, den ganzen Bereich zwischen Petersweg und Hauptbahnhof zu verbessern. Beispielsweise sollen die beiden Brunnen beim Obelisk wieder zum Laufen gebracht bzw. das Umfeld neugestaltet werden. Hierfür seien Gelder in das Investitionsprogramm eingestellt worden und auch der Bahnhofsvorplatz werde umgebaut.

Frau Maltz-Schwarzfischer führt weiter aus, dass unterschiedlichste Ämter weitere Aktionen planen bzw. auch spezielle Programme bereits durchgeführt worden seien, um den Ort dort zu beleben. Beispielsweise habe es Aktionen in diesem Bereich wie Sport im Park oder den Jugendkulturteppich gegeben. Auch gebe es zum Eingang der Maximilianstraße das M26, welches bereits mit Aktionen nach außen gegangen sei.

Frau Maltz-Schwarzfischer erläutert, dass dem kommunalen Ordnungsservice der Stadt Regensburg rückgemeldet werde, dass die erhöhte Polizeipräsenz zu mehr Festnahmen von Straftätern und Mehrfach-Intensivtätern geführt habe. Auch die Justiz und die Staatsanwaltschaft habe in diesen Fällen schnell reagiert, weswegen sich die Situation in diesem Bereich, wo zunächst der Hauptschwerpunkt dieser Aktionen lag, entspannt habe.

Allerdings sei der, durch regelmäßige Polizeipräsenz und -kontrollen, vorhergesehene Verlagerungs- bzw. Verdrängungseffekt eingetreten. Diese Orte hätten sich nun in angrenzende oder ganz andere Bereiche verlagert. Dies habe die Polizei aber im Blick, auch das Amt für Integration und Migration in der Maximilianstraße sei im Fokus, da diese Straße einer dieser Bereiche sei, aber auch umliegende Bereiche seien betroffen. Aus diesem Grund sei dieser Bereich auch in das Projekt „Gemeinsam stark für Regensburg“ aufgenommen worden.

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass an diesen Orten jedoch nicht so eine Häufung von Straftaten, zum Beispiel Raubdelikten, Körperverletzungen oder schweren Körperverletzungsdelikten vorliege, sodass die Polizei diesen Ort noch nicht als gefährlichen Ort, eingestuft habe. Hierfür seien die Voraussetzungen, von einer gewissen Anzahl von Häufungen bestimmter Straftaten, nicht gegeben. Dennoch handle es sich aber um einen Ort, an dem tatsächlich häufig Delikte wie Drogenkriminalität/-handel und auch Diebstahlsdelikte auftreten. Aber auch hier habe die Polizei dies, mit erhöhter Präsenz, verstärkt im Auge und ermittle dort teilweise auch verdeckt.

Im gesamten Bereich seien auch immer wieder repressive Maßnahmen, abgesehen von Verhaftungen, ausgesprochen und durchgesetzt worden. Hier gehe es um individuelle Betretungsverbote. Betretungsverbote für ganze Gruppen, wie es bereits gefordert worden sei, gebe es nicht. Auch für das Ausweisen einer Messerverbotzone, gebe es aktuell noch keine Rechtsgrundlage, es sei derzeit erst einmal angekündigt worden. Diese heiße auch nicht, dass man erwarte, dass niemand mit einem Messer durchlaufe, sondern dass die Ordnungsbehörden bzw. die Polizei in diesen Zonen andere Mittel ergreifen können, wie zum Beispiel verdachtsunabhängige Kontrollen. Diese Kontrollen könne man dann in einer Messerverbotzone bei jedem ohne Begründung durchführen, was es derzeit aber auch noch nicht gebe.

Wenn die bayerischen Kommunen hier entsprechende Regelungen treffen, müsse sich die Stadt Regensburg überlegen, ob und wo ggfs. eine Messerverbotzone eingerichtet werde.

Frau Maltz-Schwarzfischer weist darauf hin, dass man in Diskussionen nicht vergessen dürfe zu erwähnen, dass es nicht darum gehe, alle Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen, die irgendwie anders aussehen, unter Generalverdacht zu stellen, kontrollieren zu müssen oder sich zu überlegen, wo man diese Menschen noch hinlassen könne. Es gehe vielmehr darum, dass diejenigen, die schwere Straftaten begehen, verfolgt werden und zwar wie alle anderen auch, die schwere Straftaten begehen.

Deswegen, betont Frau Maltz-Schwarzfischer, müsse man in Diskussionen aufpassen, dass diese nicht so ausgehen, dass diese (Mehrfach-)Täter mit Schwerstdelikten von Körperverletzungen bis hin zu tatsächlichen Mordversuchen oder Totschlagsdelikten, was es in Regensburg ja auch wirklich gebe, allen anderen, die aus welchen Gründen auch immer, aus aller Welt in Regensburg leben, schaden. Dies vor dem Hintergrund, dass hier Diskussionen oft in die falsche Richtung laufen, da oft gesagt werde, man habe ein Problem mit Migration, was man ja am Bahnhof sehe. Dies halte Frau Maltz-Schwarzfischer für falsch, denn gerade an Bahnhöfen sehe man immer vieles. Und gerade Bahnhöfe seien Kristallisationspunkte von ganz vielen Menschen, mit ganz vielen unterschiedlichen Problemlagen. Auch der Regensburger Bahnhof stelle hier seit Jahr(-zehnten) keine Ausnahme dar, dies sei in vielen Städten der Fall. Auch damit müsse man umgehen und auch hier sei die Stadt Regensburg seit Jahren mit verschiedenen Aktionen und Angeboten für drogenkranke Menschen, durch den Einsatz u. a. von Streetwork und Drugstop, dabei.

Zum vierten Punkt äußert sie sich hinsichtlich der aktuellen Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung zu dem Thema der Lokführer, die keine Arbeitserlaubnis erhalten haben. Frau Maltz-Schwarzfischer betont, dass dies hier für die Stadt Regensburg auch immer schwierig sei, da sowohl durch den Bericht in der Mittelbayerischen, als auch in der Süddeutschen Zeitung der Eindruck entstanden sei, die Stadt hätte hier anders handeln können. Da es einen Arbeitsplatz gebe, aber diese Menschen nicht arbeiten können, sei es die Schuld der Stadt, die auch gar nicht wolle, dass diese Menschen in Arbeit kommen bzw. sich integrieren können oder gar eine Ausbildung oder Qualifizierung machen wollen.

Frau Maltz-Schwarzfischer betont, dass sowohl sie, als auch das Amt für Integration und Migration dies bedauere. Allerdings sei es so, dass es in diesem Fall keinen Ermessensspielraum für die Stadt Regensburg gegeben habe und das Versagen dieser Arbeitserlaubnis hänge in diesem Fall an der Bundesagentur für Arbeit, die in diesen Fällen beteiligt werden müsse. Die Arbeitgeberin hingegen verweise darauf, dass dies nicht stimme und es auch in anderen Städten gehe. Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass dies dann der Fall gewesen wäre, wenn die Voraussetzungen, dafür vorgelegen hätten, dass die Bundesagentur für Arbeit nicht beteiligt

hätte werden müsse, was in der Beschäftigungsverordnung (BeschV) festgelegt sei. Eine dieser Voraussetzungen, dass die Beteiligung der Agentur für Arbeit entfallen könne sei, wenn die Person bereits seit zwei Jahren eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt habe oder sich seit drei Jahren ununterbrochen erlaubt im Bundesgebiet aufgehalten habe. Dies sei bei diesen Personen nicht der Fall gewesen. Mit anderen Worten seien diese einfach zu kurz hier gewesen. Insofern habe die Bundesagentur für Arbeit beteiligt und die Zustimmung eingeholt werden müssen. Wenn daher die Bundesagentur für Arbeit die Zustimmung nicht erteile, könne das Amt für Integration und Migration gar nichts anderes machen, als dann auch eine Zustimmung zur Arbeitserlaubnis nicht zu erteilen.

Frau Maltz-Schwarzfischer erläutert weiter, dass dies hier die Fakten seien, um die man nicht herumkomme. Ihr sei zwar von der Bundestagsabgeordneten Frau Dr. Wagner mitgeteilt worden, dass eine Gesetzesänderung in Arbeit sei, die ins Kabinett eingebracht werden solle, die sich genau mit diesen Paragraphen befasse. Dieser regle dann auch das Thema Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen, wie diese eine Arbeitserlaubnis unter bestimmten, danach zu definierenden Rahmenbedingungen, erhalten können. Aber man könne derzeit nur nach der bestehenden Gesetzeslage urteilen und nicht danach, weil man wisse, was in Zukunft geplant werde. Frau Maltz-Schwarzfischer betont noch einmal, dass sie dies wirklich bedauerlich finde, vor allen Dingen im Hinblick darauf, dass die Stadt hier keine andere Wahl gehabt habe. Hier etwas Anderes zu behaupten, sei aus ihrer Sicht nicht in Ordnung, zumal die Menschen, die dies verbreiten, dies wissen sollten, da es sich bei diesen auch um Juristen handle. Frau Maltz-Schwarzfischer hofft, mit ihren Ausführungen die Fragen hinreichend beantwortet zu haben und erklärt, dass sie für weitere Fragen zur Verfügung stehe.

Frau Lang bedankt sich für die ausführliche und geduldige Beantwortung der Fragen bei der Oberbürgermeisterin und fragt, ob es noch weitere Fragen seitens des Integrationsbeirats gibt und übergibt das Wort an Herrn Cetinkaya.

Herr Cetinkaya fragt nach der Liste hinsichtlich der Rot- und Gelbmarkierungen. Er fragt nach um wie viele Straßen es sich dabei handle, damit man sich vorstellen könne, wie lange ein solches Verfahren beispielsweise dauere und ob man diese Liste einsehen könne.

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass sie selbst nicht wisse, um wie viele Straßen in welchen Kategorien es sich handle, da die Liste ja erst in Bearbeitung sei und diese auch nicht einsehbar seien. Die Liste sei ja derzeit erst in Arbeit. Frau Maltz-Schwarzfischer betont, dass man nun erst einmal den ausführlichen Bericht im Bildungsausschuss im Oktober abwarten müsse. In diesem Rahmen werde auch der Bildungsausschuss sicherlich derartige Fragen stellen. Dies sei ja dann auch die Grundlage für die weiteren Diskussionen, wie man dies aufteile und in welche Pakete. Hierbei erläutert Frau Maltz-Schwarzfischer, dass die rote Liste die Interessanteste sei, da dies die Liste sei, wo sicherlich eine Umbenennung der Straßennamen empfohlen werde.

Sie erklärt, dass die gelbe Liste voraussichtlich die sei, bei der man überlegen könne, ob man durch Kommunikation, eine Erklärung, einen QR Code, einer weiteren Beschriftungen oder ähnlichem aufklären könne, in welchem historischen Zusammenhang die Straße so benannt wurde. Hier werde es vielleicht auch Diskussionen in der Bevölkerung geben, ob man sich darauf verständigen könne, die Straßennamen im Hinblick auf bestimmte Kontexte oder ähnliches zu sehen und sie nicht umbenennen müsse. Sie verweist darauf, sich dies im Ausschuss anzuhören.

Frau Lang fragt noch einmal nach, ob die Teilnahme an der Sitzung des Bildungsausschusses am 23. Oktober 2024 für den Integrationsbeirat möglich bzw. diese öffentlich sei und bereits die konkreten Straßennamen genannt werden. Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass die Sitzung öffentlich sei, sie aber nicht wisse, ob bereits die Namen genannt würden.

Frau Lang ergänzt, dass es schon gut wäre, wenn zumindest ein Mitglied des Integrationsbeirates daran teilnehmen könne. Es wäre für den Integrationsbeirat schon interessant, wo die

bisher schon vom Beirat kritisierten Straßennamen gelandet seien. Ggfls. müsse man die Bemühungen ja dann weiterverfolgen evtl. sogar intensivieren bzw. als Priorität sehen, falls einer der Namen sogar auf der roten Liste stehe.

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass die vom Beirat kritisierte Straße zum Bereich des Kolonialismus gehöre und nicht zum Nationalsozialismus. Die ersten Umbenennungen, mit denen sich die Historikerin befasse, seien Namen im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus, was von den Stadträten auch so gefordert worden sei. Frau Maltz-Schwarzfischer erläutert, dass es noch weitere Kategorien, wie zum Beispiel den Kolonialismus gebe, sie aber nicht sagen könne, ob sich die Gesamtliste schon auf alle Kategorien verteile oder vorerst nur auf den Nationalsozialismus.

Frau Lang ergänzt, dass man das ja abwarten könne, da dieses Wort ja auch in Nationalsozialismuszeiten als Schimpfwort benutzt bzw. hergeleitet worden sei. Wichtig sei auf jeden Fall, dass ein Vertreter oder eine Vertreterin des Integrationsbeirates an dieser Sitzung teilnehmen könne.

Frau Arndt-Grundeit fragt, wie man vorgehen müsse, damit jemand vom Integrationsbeirat zu dieser Sitzung gehen könne.

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass man als Gast immer teilnehmen könne, jedoch man als Gast kein Rederecht habe. Hier gebe es eine Geschäftsordnung des Stadtrats wer zu Wort kommen könne und wer nicht, und auch sie dies als Oberbürgermeisterin nicht zusagen könne.

Frau Maltz-Schwarzfischer betont, dass es sich nur um einen Zwischenbericht im Bildungsausschuss handle und die Diskussion damit nicht beendet sei. Wie man die Diskussion dann weiterführe, ob im Integrationsbeirat oder vom Integrationsbeirat ausgehend mit dem Stadtrat oder mit der Politik oder mit der Öffentlichkeit, dies könne der Integrationsbeirat dann selbst entscheiden.

Frau Lang bittet darum ggfls. ein Protokoll dieser öffentlichen Sitzung zu bekommen, um zumindest auf Umwegen einen Blick auf die Liste zu bekommen.

Frau Maltz-Schwarzfischer verweist noch einmal darauf, die Sitzung des Bildungsausschusses abzuwarten und davon abhängig zu machen, was dort berichtet werde. Dann könne man auch entscheiden, ob der Integrationsbeirat ggfls. die Historikerin oder auch eine andere Person zur Diskussion noch einladen wolle.

Frau Lang bedankt sich noch einmal bei der Frau Oberbürgermeisterin für den ausführlichen Bericht und fragt, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. Dies ist nicht der Fall.

Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Cetinkaya für einen Zwischenbericht über die Interkulturellen Wochen 2024.

Top 3: Aktueller Zwischenbericht zu den Interkulturellen Wochen 2024

Herr Cetinkaya berichtet, dass aufgrund der unklaren Wettersituation lange überlegt worden sei, ob die Auftaktveranstaltung stattfinden könne. Die Standbetreiber haben sich dann entschieden dies vor Ort je nach Wetterlage zu entscheiden. Nachdem der Regen fast zeitgleich mit der Ankunft aufgehört habe, seien die insgesamt sechs Infostände aufgebaut worden. Herr Cetinkaya bedankt sich bei allen die dort anwesend waren, man habe sich sehr darüber gefreut. Auch die Oberbürgermeisterin sei mit einem Grußwort vor Ort gewesen und auch die Rede- und Musikbeiträge seien sehr gut gewesen. Es seien auch viele Zuhörer*innen vor Ort gewesen und man habe viel Infomaterial, Veranstaltungsflyer und Informationen an die Menschen verteilen können.

Die Trommelgruppe Sarará sowie die vietnamesische Gruppe hatten leider ihre Beteiligung aufgrund des Wetters noch abgesagt, was aber verständlich gewesen sei. Beide hätten aber bereits ihre Beteiligung für das nächste Jahr zugesagt. Herr Cetinkaya bedankt sich bei allen Kooperationspartner*innen. Auch dieses Jahr habe wieder ein sehr gutes, vielfältiges Programm mit verschiedenen Themen aufgestellt werden können und die Veranstaltungen seien bisher gut besucht gewesen. Eine Rückmeldung von Veranstalterinnen hierzu sei gewesen, dass die Teilnehmerzahlen jährlich ansteigen. Beispielsweise seien bei einer Veranstaltung im Landkreis im Vorjahr ca. 40 Leute und diesmal bereits über 60 Menschen gewesen.

Herr Cetinkaya berichtet, dass leider ein Veranstalter seine Veranstaltungen aufgrund von Missverständnissen, die im Vorfeld aufgekommen seien, abgesagt habe, obwohl noch versucht worden sei, dies mit ihm zu klären. Der Integrationsbeirat bedauere diese Entscheidung, habe damit aber eigentlich nichts zu tun. Dem Veranstalter sei es darum gegangen, warum seine zehn oder zwölf Programmpunkte nicht jeweils auf einzelnen Seiten beworben worden seien. Die Überlegungen waren jedoch dahingehend, dass bei vielen Programmpunkten eines Veranstalters der Veranstaltungsflyer zu einseitig werde. Es erwecke den Anschein, dass die Interkulturellen Wochen von einer einzigen Gruppe dominiert werden, weswegen man sich entschlossen habe, die Programmpunkte auf einer Seite zusammenzufassen. Ein möglicher Kompromiss sei vielleicht gewesen, die Punkte auf zwei oder drei Seiten aufzuteilen. Die Entscheidung sei aber in diesem Augenblick eben darauf gefallen, die Punkte auf einer Seite zusammenzufassen, was ihm auch so mitgeteilt worden sei. Ein anderer Punkt sei auch der finanzielle Aspekt gewesen. Jeden einzelnen Programmpunkt auf einer Seite aufzunehmen hätte entsprechend höhere Ausgaben bedeutet, da es ja zwei oder drei Gruppen mit sechs, sieben oder acht Veranstaltungspunkten gegeben habe. Dies sei aus dem vorhandenen Budget auch finanziell nicht stemmbar gewesen, weswegen ihm diese Entscheidung so mitgeteilt worden sei. Allerdings habe ihm das scheinbar nicht als Erklärung gereicht, weswegen er die Programmpunkte als Protest abgesagt habe. Herr Cetinkaya betont, dass er dies als sehr schade empfunden habe. Herr Cetinkaya beendet seine Ausführungen.

Frau Lang bedankt sich bei Herrn Cetinkaya für den Bericht. Auch bedankt sich Frau Lang bei ihm und Frau Schwarz für die Teilnahme, Durchführung und Durchhalten bei dem nicht ganz so warmen Wetter. Des Weiteren bedankt sie sich bei Frau Hanifah für ihre Vertretung beim Grußwort, sowie bei der Frau Oberbürgermeisterin für ihr Erscheinen und das Durchhalten bei der unbeständigen Wetterlage.

Frau Lang gratuliert Herrn Cetinkaya, was bereits der Zeitung und diversen Posts zu entnehmen gewesen sei, zum Ehrenpreis, den er am 12. September von der Staatsministerin für Soziales erhalten habe. Sie bedankt sich bei ihm und wünscht ihm weiterhin viel Glück.

Herr Cetinkaya erklärt, dass er den Ehrenamtsnachweis von der freien Wohlfahrtspflege erhalten habe, wofür er von AGABY vorgeschlagen worden sei. Wie vereinbart sei er am Donnerstag, den 12. September dort gewesen, die Veranstaltung sei musikalisch umrahmt gewesen und er habe dann die Ehrenurkunde durch die Staatsministerin Ulrike Scharf bekommen.

Herr Cetinkaya betont, dass diese Ehrung nicht ihm alleine gelte, sondern allen, die mit ihm zusammen Antirassismus-/Antidiskriminierungsarbeit betreiben und hierfür sehr viel Zeit investieren. Er verstehe es nicht nur als Ehrung seiner Person, sondern aller Beteiligten. Ergänzend bedankt er sich auch bei der geschäftsführenden Stelle für die große Beteiligung, Unterstützung und des Beistands. Er bedankt sich für die Beantwortung und Klärungen von Fragen und der Beantwortung vieler Mails etc. und hofft, dass der Beistand durch die geschäftsführende Stelle auch die nächsten Jahre weiterhin bestehen bleibt.

Frau Lang bittet darum, dass möglichst viele an der kommenden Veranstaltung des BMW-Werks teilnehmen, wenn der Kooperationspartner schon eine solche Veranstaltung durchführe.

Frau Lang verweist auf einen heute anwesenden Veranstaltungs- bzw. Kooperationspartner: den noch jungen, aber sehr engagierten Verein Hromada Regensburg e.V. Sie begrüßt Frau Jundt, die bereits in früheren Zeiten im Integrationsbeirat mitgewirkt habe und Herrn Oleksandr Golovchenko, den ersten Vorsitzenden. Frau Lang bedankt sich für die Anwesenheit und bittet darum sich und den Verein kurz vorzustellen. Sie übergibt das Wort an Herrn Golovchenko.

Top 4: Vorstellung Hromada Regensburg e. V.

Berichterstattung: Herr Golovchenko und Frau Jundt

Herr Golovchenko bedankt sich beim Integrationsbeirat für die Einladung und dafür heute hier mit dabei sein zu dürfen und betont, dass er sich sehr freue, dass sich der Verein vorstellen dürfe und auch ein Teil der Interkulturellen Wochen der Stadt Regensburg sein dürfe.

Herr Golovchenko erklärt, dass der Verein noch sehr jung und erst im Jahr 2022 gegründet worden sei. Zuvor sei man als Ukrainer seit Anbeginn der Völlinvasion vorerst aktiv als Privatperson gewesen. Der Regensburger Verein sei aus einem Zusammenschluss aus mehreren Leuten entstanden. Erster Vorstand sei er, zweiter Vorstand seine Kollegin Frau Natalia Jundt, zunächst bis zu den nächsten anstehenden Neuwahlen. Die Schatzmeisterin sei derzeit Frau Nataliya Puhach und Schriftführer, als erste bayerische Komponente, Herr Andreas Maar, weswegen hieraus ein ukrainisch-bayerischer Verein entstanden sei. Man habe aktuell ungefähr 80 Mitglieder, wovon ca. 10-15 Mitglieder ohne Migrationshintergrund seien, weswegen Integration an sich schon innerhalb des Vereins ein gewohntes Thema sei.

Der Verein habe angefangen mit der Unterstützung und Beratung ukrainischer Flüchtlinge zu diversen Fragestellungen. Man habe verschiedene Konzerte organisiert, wie auf den Bildern der Präsentation zu sehen sei. Man führe Projekte durch, die bereits als Privatpersonen durchgeführt worden seien, nämlich Kinderfeste mit dem Bayerischen Roten Kreuz im Stadtpark. Seit zwei Jahren sei man hier bereits als Verein mit dabei, bei der Einführung sei man noch als Privatperson dabei gewesen. Man habe für ukrainische Flüchtlinge eine ukrainische Bibliothek eingeführt, diese sei im AWO-Familienzentrum eingerichtet. Des Weiteren führe man auch ukrainische Literaturabende durch und kooperiere mit dem Regina-Kino, wo ukrainische Filme gezeigt werden. Man habe die Vorstellung eines ukrainischen Theaters in Regensburg und sei gerade dabei dies aufzubauen. Es würden Sprachcafés für Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene durchgeführt, allerdings derzeit noch in kleinem Umfang. Hier sei man aktuell dabei, Interessierte und Kooperationen aufzubauen/zusammenzubringen. Des Weiteren habe man das Glück gehabt, eine der größten ukrainischen Hip-Hop Bands in Regensburg empfangen zu dürfen, welche im Rahmen von Wohltätigkeitsveranstaltungen durch verschiedene Städte europaweit aufgetreten sei. Man sei Teilnehmer der ukrainischen Kulturtage gewesen und habe vor kurzen im Sommer ein größeres Fest in Postbauer-Heng gemeinsam mit anderen Vereinen organisiert. Man schaue sich auch gemeinsam Fußballspiele der ukrainischen Nationalmannschaft an, insgesamt mache man sehr viel.

Hinsichtlich des Themas Integration habe man in Kooperation mit dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Regensburg ein Anerkennungsprogramm für Pflegekräfte, die Interesse haben ihr Diplom in Deutschland anerkennen zu lassen, ins Leben gerufen. Man müsse nicht unbedingt ukrainisch sein, um mit dem Verein Kontakt aufnehmen zu dürfen, das Programm sei sehr international. Hierzu seien Informationsabende, gemeinsam mit den Partnern, zum Thema Krankenpflege–Ausbildung durchgeführt worden, da wie man wisse, sehr viele Pflegekräfte in Deutschland benötigt werden. Gerne werde hierzu Werbung gemacht, da die Pflegeschulen auch immer nach neuen Schülern suchen. Hier unterstütze man Menschen, die sich melden, beratend beim Bewerbungsprozess und Bewerbungsgesprächen.

Des Weiteren stehe man, gerade jetzt als Ukrainer, für die Menschen, die aktuell in diesem Land im Krieg leben, zu entsprechenden ukrainischen Kundgebungen in Regensburg. So seien mehrere Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt worden und man freue sich immer über Leute, die sich solidarisch zeigen und dazu stoßen wollen.

Auch sei der Verein dafür da, Hilfspakete in die Ukraine zu schicken. Nachdem der Staudamm bei Cherson durch eine Explosion zerstört worden sei, seien Tabletten, Bettwäsche und Matratzen, alles was eingesammelt habe werden können, an die Ukraine geschickt worden. Auch seien regelmäßig Lifeguard-Matratzen an Rettungsdienste und medizinische Dienste geliefert worden, sowie momentan Powerstationen, um den Normalbetrieb der Infrastruktur, die hart getroffen worden sei, zu stärken. Große Anfragen kämen auch von der Partnerstadt Odessa, wo auch bereits sehr viele ehrenamtlich Beschäftigte bemüht seien.

Dies seien die wesentlichen Punkte was bisher gemacht worden sei. Geplant sei ein Sprachcafe Ukrainisch für Interessierte anzubieten. Des Weiteren wolle man einen ukrainischen Tanzkurs gründen, einen offenen Treff für Ukrainer*innen organisieren und einen offenen Kindertreff anbieten. Generell habe man noch ganz viele Ideen, das einzige was aktuell fehle seien Räumlichkeiten und die Finanzierung. Wie man wisse, seien in Regensburg die Räumlichkeiten sehr knapp. Herr Golovchenko bedankt sich an dieser Stelle für die Aufmerksamkeit und stehe für Fragen zur Verfügung.

Frau Lang bedankt sich bei ihm für die Präsentation und stellt fest, dass dieser erst sehr junge Verein doch schon sehr viel auf die Beine gestellt habe und bedankt sich für die gute bereits geleistete Arbeit. Frau Lang erwähnt, dass auch sie immer wieder Ukrainer und Ukrainerinnen betreue, die auch immer wieder von diesen Möglichkeiten sich zu treffen begeistert seien. Sie finde es gut für die Seele, wenn man sich einfach nur treffen und austauschen könne.

Frau Lang fragt, ob es noch Fragen gibt.

Herr Golovchenko ergänzt noch, dass es für den Verein noch eine Frage gebe. Er erklärt, dass vermutlich aktuell die größte Gruppe der Leute mit Migrationshintergrund die Ukrainer in Regensburg seien, was dem Krieg geschuldet sei. Was dem Verein noch fehle, sei momentan die Vertretung der ukrainischen Gemeinschaft im Integrationsbeirat. Der Verein würde sich freuen, falls die Möglichkeit bestehe, dass Frau Jundt diese Rolle übernehmen könne. Der Verein würde Frau Jundt gerne als beratendes Mitglied zur Verfügung stellen.

Frau Lang bedankt sich und erläutert, dass dieses Anliegen bereits im Vorfeld geäußert wurde und sie hierzu bereits mit Frau Jundt gesprochen habe. Frau Lang berichtet, dass heute die Zahlen herausgekommen seien und man habe derzeit ca. 3,5 Millionen Geflüchtete in Deutschland, statistisch gesehen seien ungefähr ein Drittel davon Ukrainer. Heruntergebrochen auf Regensburg könne man dann sagen, dass aktuell tatsächlich jemand aus der Reihe der Ukrainer und Ukrainerinnen fehle, die die Anliegen hier vertreten können, wie beispielsweise Raumnot oder was sonst alles gebraucht werde. Frau Jundt würde sich hier anbieten, da sie bereits im letzten Integrationsbeirat mit dabei gewesen sei. Sie arbeite selber bereits sehr lange bei der AWO, leite das Zentrum und mache soziale Arbeit. Frau Lang erläutert, dass man den Antrag für die nächste Sitzung stellen und ein beratendes Mitglied berufen könne. Frau Jundt habe sich auch bereits mit einigen Anliegen geäußert, was fehle und was man besser machen könne. Dies betreffe nicht nur die Raumnot allein, die alle bewege, sondern auch andere Punkte die notwendig seien.

Frau Lang bedankt sich noch einmal für das Erscheinen und den Redebeitrag und verabschiedet die Gäste.

Frau Lang verweist auf den nächsten Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Arndt-Grunde.

Top 5: Beschluss: Zusammenarbeit mit anderen Organisationen bezüglich Drei-M*-Straße

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismusbearbeitung

Frau Arndt-Grundeis weist auf den vorliegenden Beschluss, den bereits alle erhalten haben. Sie erklärt, dass der Arbeitskreis BIPoC und der Stadtjugendring an sie herantreten sei und nachgefragt habe, wie es mit dem Thema der kritischen Straßennamen weitergehe und wie man die Öffentlichkeit darüber informieren könne. Hierzu habe man sich im Arbeitskreis Gedanken gemacht und überlegt, dass man sich gerne mit den anderen beiden Organisationen zusammenschließen würde und vorerst mit Infoständen direkt im Straßenumfeld die Öffentlichkeit ansprechen wolle.

Frau Lang fragt, ob es diesbezüglich noch Diskussionsbedarf gebe und übergibt das Wort an Frau Schwarz.

Frau Schwarz erläutert ergänzend, dass man es als eine gute Gelegenheit sehen würde, direkt vor Ort Aufklärungsarbeit zu leisten, zu sensibilisieren und betroffenen Menschen Raum zu geben, sich austauschen, sich zu äußern, ins Gespräch zu kommen. Und es sei eine gute Gelegenheit für die Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsbeirates.

Frau Lang fragt, ob es Anmerkungen zum Beschluss gibt.

Frau Hanifah fragt nach, wie es sich mit anderen Straßennamen verhält, da die Drei-M*-Straße ja vermutlich nicht die einzige Straße mit kritischem Namen sei. Sie verstehe, dass man sich vorerst auf eine Sache fokussieren müsse, und nicht alles auf einmal machen könne, möchte aber wissen, wie der Stand dazu sei, auch bei anderen Straßennamen tätig zu werden.

Frau Schwarz erklärt, dass man derzeit noch nicht tiefer in die Diskussion gegangen sei, da man sich erst zusammensetzen würde um zu klären, wie man dies gestalten könne. Sie erklärt, dass dies aber schon mit der Sensibilisierung einhergehe und man da dann auch ins Gespräch käme. Der Bismarckplatz sei ja angrenzend, wenn man dann weiterdenke und man würde den Punkt aber gerne mit aufnehmen.

Frau Lang bedankt sich für den Beitrag und ergänzt, dass man ja den Bericht abwarten könne. Wenn man wisse, welche Straßen auf den Listen seien, könne man diese auch mehr im Fokus haben.

Frau Lang fragt, ob es noch Ergänzungen oder Fragen zum Beschluss gibt. Dies ist nicht der Fall. Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

I. Beschlussvorschlag

Der Integrationsbeirat beschließt, dass er an Infoständen in der Drei-M*-Straße teilnimmt, die gemeinsam mit dem AK BIPoC und dem Stadtjugendring durchgeführt werden. Die Infostände sollen zu einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der kritischen Geschichte des Straßennamens beitragen sowie über dessen Bedeutung informieren. Die AG Politik Soziales und Antirassismus übernimmt diese Aufgabe federführend.

II. Begründung

Bereits seit Beginn der Amtsperiode des jetzigen Integrationsbeirats setzt sich dieser kritisch mit diesem Straßennamen auseinander, um sowohl der Position von People of Color (PoC) gerecht zu werden als auch einer offenen pluralistischen Stadtgesellschaft, die sich aktiv mit ihrer Geschichte auseinandersetzt und gesellschaftlichen Wandel ernst nimmt. Mit einem offenen Brief zur Thematik hat der Beirat bereits im Januar 2022 einen wichtigen Schritt gemacht und besonders relevante Punkte zusammengefasst, s. Anhang. Um nun weiter in der Öffentlichkeit an diesem Thema zu arbeiten ist es sinnvoll, mit weiteren Betroffenen und anderen Engagierten zusammenzuarbeiten. Um einen gesellschaftlichen Dialog voranzutreiben und Aufklärungsarbeit zu leisten haben wir mit dem AK BIPoC und dem Stadtjugendring gemeinsame Infostände in der Drei-M*-Straße geplant, um dies vor Ort tun zu können.

III. Beschluss nach Abstimmung

Einstimmig beschlossen.

Top 6: Bericht zum 1. Planungstreffen für 10-jähriges Jubiläum des Integrationsbeirats

Berichterstattung: Vorstand, Amt für Integration und Migration

Frau Lang erläutert, dass das erste Planungstreffen am 31. Juli 2024 stattgefunden habe. Hier habe man sich überlegt, die Jubiläumsfeier im Umfeld der Interkulturellen Wochen am 09. oder 10. Oktober 2025 stattfinden zu lassen. Herr Vernim habe bereits eine Terminanfrage an die Vorsitzende von AGABY gestellt. Des Weiteren mache man sich über das Rahmenprogramm Gedanken. Frau Lang betont, dass jeder herzlich willkommen sei, in den Planungstreffen seine Ideen mit einzubringen. Das nächste Treffen finde am 04. Dezember 2024 online statt. Sollte jemand Zeit und Lust haben oder bereits konkrete Ideen haben, könne man gerne zum Planungstreffen dazukommen. Vorab könne man auch Ideen an Herrn Vernim schicken, sodass man diese schon mal auf dem Schirm habe. Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Vernim für ergänzende Ausführungen.

Herr Vernim bedankt sich bei Frau Lang und erklärt zum Verständnis für alle, dass die Einladung für das erste Planungstreffen vorerst nur an den Vorstand gegangen sei, da es im ersten Treffen um die Klärung grundsätzlicher Fragen gegangen sei. Hier sei es nicht zielführend erschienen, dies in einer größeren Runde zu diskutieren. Vorerst sei es um grundsätzliche Dinge gegangen, vor allen Dingen um die Terminfrage und um die Einladung der AGABY-Vorsitzenden.

Hierzu ergänzt Herr Vernim, dass bei AGABY angefragt worden sei und man prompt auch eine Rückmeldung bekommen habe. Die Vorsitzende Frau Sharifi habe bereits zugesagt, habe aber nur an dem einen von den beiden vorgeschlagenen Terminen am 10. Oktober 2025 Zeit. Damit habe sich der Termin am 10. Oktober 2025 verfestigt. Des Weiteren habe man bereits mit dem Büro der Oberbürgermeisterin geklärt, dass es, Stand jetzt, am 10. Oktober 2025 keinen weiteren Paralleltermin gebe, es derzeit also gut ausschaue. Dies sei momentan das Zieldatum.

Des Weiteren seien auch bereits einschlägige Örtlichkeiten diskutiert worden. Man rechne aktuell mit einer Personenzahl von 100-150 Leuten und dementsprechend müsse eine entsprechend große Örtlichkeit gewählt werden.

Zum Programm und zum Konzept habe es auch bereits Überlegungen gegeben, dies werde aber vermutlich erst im nächsten Planungstreffen näher thematisiert. Angedacht seien evtl. Musikprogramm bzw. musikalische Begleitung und hierzu die Anfrage von bereits bekannten Kooperationspartnern oder Migrationsorganisationen aus Regensburg. Hier habe man ja durch die Wochen gegen Rassismus und die Interkulturellen Wochen bereits ein breites Netzwerk und einige Kontakte. Auch geplant sei ein Catering, eine Art internationales Buffet bevorzugt mit einem Partnerlokal hier aus Regensburg.

Auch angedacht sei, wie man die 10 Jahre Integrationsbeirat im Rahmen der Veranstaltung dokumentiert, auch für die Zukunft, ob im Sinne einer Chronik oder ähnlichem. Das nächste Planungstreffen finde, wie bereits durch Frau Lang erwähnt, am 04. Dezember statt. Dies sei soweit der Plan.

Frau Spitaler-Kossok erklärt ergänzend, auch daran zu denken, dass Beschlüsse zu allen finanziellen Angelegenheiten gefasst werden müssen. Damit auch klar sei, wieviel Geld für was vorhanden sei, um auf der sicheren Seite zu sein. Soweit sie sich erinnere, sei für nächstes Jahr ein bereits ein erhöhtes Budget eingeplant worden.

Frau Lang ergänzt, dass es hier einen Beschluss gegeben habe, dieser aber von dem neuen Haushalt des nächsten Jahres abhinge, wie Herr Vernim bereits erwähnt habe. Frau Lang hoffe aber, dass die finanziellen Mittel genehmigt werden, da das 10jährige Jubiläum doch ein sehr feierlicher Anlass sei, den man auch größer feiern könne.

Frau Lang fragt, ob es zum Planungstreffen noch Fragen oder Ergänzungen gebe.

Frau Maltz-Schwarzfischer fragt nach hinsichtlich des Einladungskreises. Sie merkt an, dass es zwei Vorgängerorganisationen gegeben habe, die durch diesen Integrationsbeirat ersetzt

worden seien. Vielleicht könne man die damals in diesen Beiräten tätigen Personen noch erreichen und einladen.

Frau Lang erläutert, dass dies in Diskussion war und man auf jeden Fall die Mitglieder des letzten Integrationsbeirates auf dem Schirm habe. Beim Ausländer- und Aussiedlerbeirat müsse man sehen, wer noch da sei.

Frau Lang bedankt sich für die Anmerkung und fragt, ob es noch Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Arndt-Grunde.

Top 7: Berichte der AGs

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuarbeit

Frau Arndt-Grundeil erläutert, dass man heute noch ein größeres Thema mitgebracht habe, das die AG bereits seit ein paar Sitzungen beschäftige. Es gehe um die Werbung der Firma Buschmann. Man bekomme zunehmend Beschwerden und Hinweise aus der Bevölkerung. Man habe bereits verschiedene Dinge versucht, es sei bereits zweimal versucht worden mit der Firma Kontakt aufzunehmen und ins Gespräch zu kommen, es komme jedoch keine Rückantwort. Man denke, dass es an der Zeit sei, an die Öffentlichkeit zu gehen. Sie wisse nicht, ob ggfls. heute noch Personen hier sitzen, die Ideen haben, wie man sich Gehör verschaffen und mit Herrn Buschmann ins Gespräch kommen könne. Frau Arndt-Grundeil erläutert, dies ggfls. auch auf politischer Ebene zu tun und fragt nach, ob ggfls. die Frau Oberbürgermeisterin Kontakte nach Obertraubling habe. Man habe auch bereits versucht Kolleg*Innen aus dem Landratsamt zu aktivieren. Dies sei einfach das was die AG beschäftige, man hier aber nicht weiterwisse.

Frau Lang bedankt sich für den Beitrag und berichtet, dass sie tatsächlich auf Umwegen in Obertraubling beim Gemeinderat angefragt habe, wie das dort so sei. Es habe geheißen, dass dies eigentlich ein Unternehmer sei, der „handzahn und total kooperativ“ sei, nur nicht bei diesem Thema. Frau Lang habe nachgefragt, ob die Möglichkeit bestünde, dass der Gemeinderat einen Termin mit ihm vereinbaren könne, damit man einfach mal mit ihm reden könne. Hier habe es geheißen, dass denen das Thema dort bewusst und es wohl auch schon angesprochen worden sei. Seitens der Firma werde blockiert.

Frau Maltz-Schwarzfischer ergänzt, dass wenn man ganz genau wisse, dass dieser nicht rede, könne man über die Antidiskriminierungsstelle der Stadt Regensburg ein offizielles Schreiben hingeben. Sie fragt nach, ob dies schon gemacht worden sei. Frau Arndt-Grundeil erklärt, dass man hier immer dabei scheitere, dass es den Landkreis betreffe. Die Oberbürgermeisterin betont, dass dieser ja durch das Stadtgebiet fahre und sich die Bürgerinnen und Bürger hier diskriminiert fühlen. Man könne das Thema auch ans Landratsamt weitergeben, die ja auch eine Art Gleichstellungsstelle haben. Zumindest könne man erstmal bei der Antidiskriminierungsstelle nachfragen.

Frau Lang bedankt sich für den Tipp und ergänzt, dass man das auf jeden Fall machen könne.

Frau Arndt-Grundeil ergänzt, ob es vielleicht auch die Möglichkeit gebe, dass sich die Stadt zu diesem Thema positioniere. Dies mit der Überlegung, dass Firmen die so werben keine öffentlichen Aufträge mehr bekämen.

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass dies nicht gehe; dass sie nicht von Seiten der Stadt aus entscheiden könne, unter welchen Kriterien sie welchen Firmen Aufträge vergebe. Aber was natürlich gehe sei, dass man ihn beim Werberat anzeige könne. Aber auch da wisse die Antidiskriminierungsstelle Bescheid.

Frau Schwarz ergänzt, das es zu dem Thema bereits Kontakt zur Antidiskriminierungsstelle gab. Wegen des Werberats werde man nochmal nachfragen.

Frau Lang fragt nach, ob es weitere Berichte der AGs gibt. Dies ist nicht der Fall. Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Vernim für den Bericht der geschäftsführenden Stelle.

Top 8: Bericht der geschäftsführenden Stelle

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Herr Vernim erläutert, dass er einige Punkte habe, jedoch übergibt er vorher noch das Wort an Frau Spitaler-Kossok.

Frau Spitaler-Kossok möchte noch etwas zur aktuellen Presseberichterstattung bezüglich der Zugführer ergänzen. Sie habe sich sehr über die Berichte geärgert und prüfe Gegenmaßnahmen im Sinne von presserechtlichen Gegendarstellungen oder einer Beschwerde an die Rechtsanwaltskammer. Hier seien ein paar Sachen berichtet worden, die schlichtweg falsch gewesen seien. Die Frau Oberbürgermeisterin habe hierzu bereits einiges ausgeführt, aber sie möchte kurz erläutern, was dies auch im Amt bewirkt habe.

Die Situation in der Abteilung Ausländerangelegenheiten sei dem Integrationsbeirat mittlerweile durch die zahlreichen Austauschtreffen bekannt. Daher ist auch bekannt, dass das Amt für Integration und Migration keinerlei Interesse daran habe, irgendjemanden willkürlich zu behandeln oder auch, dass man irgendetwas absichtlich nicht mache und auf Zeit spiele. Dies schon allein deswegen, weil man sich damit nur zusätzliche Arbeit machen würde.

Als Folge der Berichterstattung seien mehrere Mitarbeiter, einschließlich der Leitungskräfte, mehrere Tage mit kaum etwas Anderem beschäftigt gewesen. Es seien mittlerweile mehrere ausführliche Stellungnahmen, u.a. an das Bayerische Staatsministerium des Inneren, geschrieben worden. Und dies vor dem Hintergrund der ohnehin bereits bestehenden Arbeitsbelastung.

Es gebe natürlich viele Problemfälle und es laufe auch nicht immer alles rund, aber man versuche immer das Möglichste. Natürlich seien Fälle, die über Rechtsanwälte kommen, in der Regel problembeladen. Was natürlich nicht in der Zeitung stehe sei, dass man täglich auch mehrere Fälle habe, die man rette, aber darüber werde nicht berichtet. Frau Spitaler-Kossok betont ausdrücklich, dass man nicht willkürlich handle und man so handle, wie es das Gesetz und bestehende Vorschriften vorgeben. Und wenn es in einem Fall eine gebundene Entscheidung sei, dann sei das Gesetz leider einfach so. Über diese Lösung sei man auch nicht glücklich, aber man könne in solchen Fällen nicht anders entscheiden.

Auch die Bundesagentur für Arbeit habe in diesem Fall nicht anders entscheiden können. Gemäß den aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen sei die Zustimmung zu versagen, wenn es sich um Fälle von Leiharbeitnehmern handle. Oft hieße es dann, dass es in anderen Fällen anders laufe. Das Aufenthaltsrecht sei aber komplex und es komme immer auf den konkreten Einzelfall an. Bei manchen Aufenthaltstiteln sei die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht nötig, aber dies gelte eben nur für bestimmte Aufenthaltstitel und nicht für jeden.

Frau Lang bedankt sich bei Frau Spitaler-Kossok für ihre Ergänzungen und übergibt das Wort an Herrn Vernim.

Herr Vernim erinnert an die Anmeldung für die Antragsschulung mit AGABY. Die Antragsschulung finde am 19. Oktober im Amt für Integration und Migration statt. Er erläutert, dass es schön wäre, wenn sich möglichst viele Mitglieder aus dem Beirat noch anmelden würden. Die Anmeldefrist laufe bis 7. Oktober, damit man noch etwas vorarbeiten und planen könne. Man freue sich aber immer über frühzeitige Anmeldungen. Die Einladung gelte für alle Mitglieder, sowohl die stimmberechtigten, als auch die beratenden. Herr Vernim weist noch auf ein paar weitere Termine und auf die aktuell stattfindenden Interkulturellen Wochen und auf die Veranstaltung beim diesjährigen Hauptsponsor der Interkulturellen Wochen im BMW-Werk hin:

- **Montag 30.09.2024, Veranstaltung BMW-Werk IKW 2024, BMW Group Regensburg, Herbert-Quandt-Allee Tor 2**

Anmeldungsfrist 23.09.2024

- **Mittwoch, 02.10.24, Lange Nacht der Demokratie, ab 17:30 Uhr, Thon-Dittmer-Palais, Haidplatz**
Workshops, Vorträge und Poetry-Slam zum Mitmachen
- **Montag 07.10.24, 18 Uhr: Regensburger Flüchtlingsforum, Haus der Parität, Landshuter Straße 19**
Keine Anmeldung nötig
- **Dienstag 08.10.24, 19 Uhr: Dekadenabend 50 Jahre EBW „2010er Jahre“**
u.a. Schwerpunkt Fluchtmigration seit 2015
Eintritt frei, gerne Anmeldung vorab beim EBW
- **Samstag, 26.10.24, 18 Uhr: 50 Jahre Augsburger Integrationsbeirat**
Offizielle Einladung komme noch
- **Mittwoch, 20.11.24, 16:30 Uhr: Vorbereitungstreffen der nächsten Sitzung (online)**
- **Freitag, 29.11.24, 16:30 Uhr: 50. Sitzung Integrationsbeirat Stadt Regensburg**
- **Mittwoch, 04.12.24, 16 Uhr: Nächstes Planungstreffen 10 Jahre Integrationsbeirat Regensburg**

Frau Lang bedankt sich und fragt, ob es noch Wortmeldungen gebe. Dies ist nicht der Fall.

Frau Lang bittet darum, wenn man Veranstaltungen besuche, auch mitzuteilen, dass man vom Integrationsbeirat sei und nachzufragen, ob man Fotos machen könne. Da alles was man auf Social Media posten könne, bedeute, dass man auch immer wieder Likes und Follower bekäme und dann könne man vielleicht bald die 300 knacken. Frau Lang bedankt sich bei Frau Torreblanca, Herrn Vernim und allen anderen, die ständig posten und betont, dass man sich auch immer freue, wenn man Fotos bekäme.

Frau Lang bedankt sich, wünscht allen ein schönes Wochenende und verabschiedet sich bis zur nächsten Sitzung.

Regensburg, 20. September 2024

gez.
Julia Lang
Vorsitzende

Protokoll: Dirnberger Melanie (Amt für Integration und Migration, geschäftsführende Stelle)

Anlagen:

- Präsentation Ukrainisch-Bayerischer Verein, „Hromada Regensburg“ e.V.

Ukrainisch-Bayerischer Verein „Hromada Regensburg“ e.V.

Gegründet am 12.11.2022 in
Regensburg



Vorstand

1. Vorstand

Oleksandr Golovchenko (Dipl.-Kfm.)

2. Vorstand

Natalia Jundt (Dipl. Soz.Päd)

Schatzmeisterin

Nataliya Puhach (Dip. Betriebsw.)

Schriftführer

Andreas Maar (Volljurist)



Helfen-Verbinden-Vereinen



- Beratung der ukrainischen Flüchtlinge
- Organisation von Konzerten
- Kinderfesten mit BRK im Stadtpark
- Eröffnung der ukrainischen Bibliothek im AWO-Familienzentrum
- Ukrainische Literaturabende
- Ukrainische Filme im Regina-Kino
- Ukrainisches Theater in Regensburg
- Sprachcafés für Kinder, Jugendliche, Erwachsene
- Konzert der berühmtesten ukrainischen Hip-Hop Band „THMK“
- Ukrainische Kulturtage
- Johannis-Fest in Postbauer-Heng



Integration

- Anerkennungsprogramm für ukrainische Pflegekräfte gemeinsam mit dem Krankenhaus Barmherzige Brüder Regensburg
- Informationsabende zum Thema Krankenpflege –Ausbildung
- Unterstützung bei der Vorbereitung auf den Bewerbungsprozess

Ukrainische Kundgebungen



Humanitäre Hilfe für die Ukraine



- Hilfe für Cherson nach Staudamm-Zerstörung
- Lifeguard-Matratzen für Krankentransporte
- Powerstationen für Charkiv

Pläne

- Sprachcafe ukrainisch für interessierte
- Ukrainisches Tanzkurs
- Offener Treff für Ukrainer*innen
- Offener Kindertreff
- Und vieles mehr

Engpass

- Räume
- Finanzierung

Engagement



Regensburger Vereinen droht verschärfte Raumnot: Macht die Stadt genug?

13.12.2022 | Stand 12.10.2023, 10:26 Uhr | 

A A A

Juliana Ried



Räume für Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen sind knapp in Regensburg. Die Stadt hatte sich vor gut einem Jahr ausdrücklich vorgenommen, etwas dagegen zu tun. Das passiert auch. Trotzdem verschärft sich die Raumnot für so manche Gruppe.

Quelle: <https://www.mittelbayerische.de/archiv/1/regensburger-vereinen-droht-verschaerfte-raumnot-macht-die-stadt-genug-11933909>

Vielen Dank

Fragen?

www.hromada-regensburg.de

Fragen?